

## Protestaktion „Schwarzer Freitag“

Mit schwarz verhüllten Schau- fenstern in ganz Ostbayern und einer Protestaktion in Waldkir- chen (Kreis Freyung-Grafenau) hat die Initiative „Ostbayern sieht Schwarz“ am Freitag auf ihre For- derungen aufmerksam gemacht. Neben einer grundsätzlichen Per- spektive für Hotellerie, Gastronomie und Tourismus setzt sich die Initiative auch für eine Öffnung der Schulen und Kindergärten ein. Für Geschäfte soll es zumindest eine Öffnung mit Einzelterminen geben.



Im Schneetreiben versammelten sich Befürworter von „Ostbayern sieht Schwarz“ in Waldkirchen. Foto: Zema

## Hubert Aiwanger äußert Verständnis

Der Ruf nach Perspektiven der Initiatoren von „Ostbayern sieht Schwarz“ ist bei Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) auf große Zustimmung gestoßen. Bei seinem Besuch anlässlich des ausgerufenen „Schwarzen Freitag“ im Modehaus Frey in Cham versprach er, sich weiter in der bayerischen Staatsregierung und bei seinen Wirtschaftsministerkollegen aus den Ländern für einen Strategiewechsel in der Pandemie stark zu machen.

Aiwanger betonte, die steigende Zahl an Neuinfektionen und der belegten Betten in den Krankenhäusern lasse sich nicht wegdiskutieren. Für Aiwanger ist die richtige Antwort darauf nicht mehr die Schließung der Geschäfte. Denn anders als vor einem Jahr habe man heute Werkzeuge wie Masken, Tests und eine steigende Impfquote. Auch für die Öffnung in Hotellerie und der Gastronomie sprach sich Aiwanger aus: „Wer getestet in ein Seniorenheim darf, muss auch in eine Kneipe dürfen.“ (mic)



Hubert Aiwanger hörte sich am Freitag die Anliegen von „Ostbayern sieht Schwarz“ an. Foto: Michaela Sturm

## Pilotprojekte zur Öffnung von Kurbädern

**Bad Füssing.** (red) In der Debatte um eine Öffnung der wegen Corona geschlossenen niederbayerischen Heil- und Thermalbäder hat Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (CSU) Pilotprojekte ins Spiel gebracht. In einer digitalen Konferenz hatten Lokalpolitiker und Vertreter der Thermen am Freitag auf die wirtschaftlich angespannte Situation der geschlossenen Bäder aufmerksam gemacht. Diese müssten als Gesundheitseinrichtungen und nicht als reine Freizeiteinrichtungen bewertet werden, lautete eines der Argumente. Die Bäder seien keine Infektionsherde. Um das zu beweisen, sollten „einzelne, bestens vorbereitete Orte, die zum Beispiel ein sehr enges Testregime sicherstellen können“, in einem Pilotprojekt öffnen dürfen, schlug Heinrich vor. Nach erfolgreichen Pilotprojekten könne ein Verfahren für alle Kurorte erprobt werden.

# „Die Zukunft der Region ist bedroht“

„Ostbayern sieht Schwarz“ will faire Corona-Regeln, sagt Mitbegründer Christoph Huber

Eigentlich ist er ein positiver Mensch, sagt Christoph Huber, einer der Geschäftsführer des Modehauses Garhammer in Waldkirchen (Kreis Freyung-Grafenau). Aber inzwischen sieht er schwarz für Ostbayern – ebenso wie die Geschäftsführer des Mode- und Einrichtungshauses Frey in Cham und des Glashändlers Joska in Bodenmais (Kreis Regen). Aus Verzweiflung über eine Corona-Politik, die die Zukunft Ostbayerns gefährdet, haben die Unternehmer eine Initiative gegründet.

Herr Huber, die Initiative „Ostbayern sieht Schwarz“ wurde von drei Unternehmen gegründet. Geht es dabei also vor allem um wirtschaftliche Interessen?

Christoph Huber: Wir sind mittelständische Unternehmer, wir kennen unsere Mitarbeiter und unsere Kunden. Und wir wissen, wie die Stimmung bei ihnen ist: Traurig, verzweifelt und es kapiert keiner mehr, warum sich die Menschen im Supermarkt und in Baumärkten stapeln dürfen, ein Modegeschäft oder ein Elektrofachmarkt aber geschlossen ist. Bei uns arbeiten 136 Mütter, die 225 Kinder im Kindergartenalter oder in der Schule haben. Es geht uns darum, dass Schulen und Kindergärten wieder öffnen, um die Familien zu entlasten. Und ja, auch um die Öffnung unserer Geschäfte.

Wie geht es Einzelhändlern wie Ihnen aktuell?

Huber: Die Lage im Handel ist dramatisch. Fünf der letzten zwölf Monate waren wir zwangsgeschlossen, unsere Mitarbeiter sind in Kurzarbeit. Wir haben seit dem ersten Lockdown bis Ende Februar schon 43 Prozent unseres Umsatzes verloren. Unser Unternehmen wird das irgendwie überstehen, aber sehr viele andere nicht. Es droht ein Sterben der Innenstädte, es wird viele Geschäfte nicht mehr geben, die auch Vereine oder soziale Einrichtungen unterstützen. Wir hatten auf Besserung durch die letzte Ministerpräsidentenkonferenz gehofft, wurden aber bitter enttäuscht.

Als Reaktion haben Sie mit befreundeten Unternehmern einen Brandbrief geschrieben und schließlich am 5. März die Initiative „Ostbayern sieht Schwarz“ gegründet. Wie ist die Resonanz bisher?

Huber: Es zieht wirklich große



Statt Werbebotschaften hängen politische Forderungen im Schaufenster des Modehauses Garhammer in Waldkirchen. Fotos: Garhammer

Kreise. Es gibt viele persönliche Reaktionen, Menschen schreiben Briefe, Elterninitiativen und zum Beispiel ein Zusammenschluss von 36 Elternbeiräten aus den Landkreisen Freyung-Grafenau und Passau haben sich uns angeschlossen. Online haben unsere Postings eine halbe Million Menschen erreicht. Die Initiative „Wir stehen zusammen“, die 2000 Mittelständler vereint, hat Kontakt mit uns aufgenommen. Wir können inzwischen von Miesbach über Waldkirchen bis nach Hof die Interessen von verzweifelten Menschen bündeln.

Wie groß ist dabei die Gefahr, dass die Initiative zum Sammelbecken für Querdenker und Verschwörungstheoretiker wird?

Huber: Wir kennen die Risiken durch Corona und unterschätzen sie

„Unsere Kinder dürfen nicht abgehängt werden“

keinesfalls. Darum haben wir in unseren Geschäften auch hervorragende Hygienekonzepte. Wir lehnen alles ab, was von irgendwelchen Corona-Leugnern oder Querdenkern kommt. Wir lehnen auch jedes parteipolitische Bekenntnis ab. Wir sind für die Menschen in der Region da.

Viele Wirtschaftsverbände vertreten bereits landes- und bundesweit Forderungen nach Öffnungen und Lockerungen. Warum braucht es da noch eine extra Bewegung aus Ostbayern?

Huber: Durch unsere Grenzlage haben wir besonders hohe Inzidenzwerte. Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, dass bei einer Inzidenz über 100 alles auf unabsehbare Zeit zubleiben muss, hat uns bis ins Mark erschüttert. Unser Ziel war es immer, unsere Region, Ostbayern, nach vorne zu bringen. Im Bayerischen Wald hat sich da in den vergangenen 30 Jahren viel entwickelt. Durch diese Regelungen ist die Zukunft der Region aber akut bedroht. Auch unsere Kinder haben Bildungsgerechtigkeit verdient und dürfen im Vergleich zu anderen nicht abgehängt werden, wenn sie länger nicht zurück in die Schule dürfen. Wir haben im Vergleich zu Wirtschaftsverbänden auch die Sorgen und Nöte der Familien, der Mütter und der Kinder im Fokus.

Sie fordern „Gleichbehandlung“ und „Perspektiven“. Was verstehen Sie darunter?

Huber: Wir brauchen eine Verlässlichkeit der Regeln, und zwar in ganz Bayern, nicht von Landkreis zu Landkreis und Branche zu Branche unterschiedlich. Die Menschen haben kein Verständnis, wenn etwa

im Landkreis Passau die Schule für einen Tag öffnet und dann wegen zu hoher Inzidenzzahlen am Tag darauf wieder schließt. Wir brauchen ein Konzept mit höchsten Sicherheitsstandards, das es aber Kindergärten, Schulen und Einzelhandel wieder erlaubt zu öffnen.

Wie soll dieses Konzept konkret aussehen?

Huber: Die Ausgestaltung ist Aufgabe der Politik. Aber die Regelung nur am Inzidenzwert festzumachen, sehen wir kritisch. Auch das Robert-Koch-Institut sagt, man müsse andere Parameter wie die Belegung der Intensivbetten mit berücksichtigen. Wir erwarten von der Politik einen klaren Rahmen – gerne auch mit strengen Regeln –, aber die Region nicht abhängig und unsere Kinder nicht benachteiligt. Für den Handel gilt dasselbe.

Sind Forderungen nach Öffnungen angesichts wieder stark steigender Corona-Zahlen im Moment nicht unpassend?

Huber: Das ist eine Abwägung, die die Politik treffen muss. Es kann aber nicht sein, dass in den Discountern Klamotten und Elektrogeräte verkauft werden dürfen, dass Buchhandlungen und Baumärkte geöffnet sind, dass Industriebetriebe als systemrelevant eingestuft werden, während ein Teil des Einzelhandels geschlossen ist. Alles nur auf dem Rücken von wenigen auszutragen, geht nicht. Wir haben bis-

„Eine existenzgefährdende Ungerechtigkeit“

her alle Regelungen solidarisch mitgetragen. Aber irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem man die Last auf mehreren Schultern verteilen muss, sonst ist das Wettbewerbsverzerrung und eine existenzgefährdende Ungerechtigkeit. Dass wir im Einzelhandel für steigende Inzidenzzahlen verantwortlich sein sollen, diesen Schuh lassen wir uns nicht anziehen.

Fänden Sie es im Sinne der Gleichbehandlung besser, wenn alle anderen wieder schließen müssen?

Huber: Ich freue mich über jeden Umsatz. Wir würden nie fordern, dass andere wieder schließen müssen. Aber wer öffnen darf und wer nicht, ist bisher eine rein willkürliche, politische Entscheidung. Alle im Handel sind sicher, dass diese Entscheidung nicht mehr lange hält, auch weil unzählige Gerichtsverfahren dagegen laufen.

Interview: Andreas Kerscher

## ZF holt sich blaues Auge

Pandemie setzt Niederbayern-Standorten des Zulieferers zu – Umsatz sinkt um 17 Prozent

**Passau/Friedrichshafen.** (red) Der Autozulieferer ZF mit Sitz in Friedrichshafen musste infolge der Corona-Pandemie 2020 einen deutlichen Umsatzrückgang hinnehmen. Auch am ZF-Standort Passau ist die Krise nicht spurlos vorübergegangen. ZF Friedrichshafen fertigt an den Standorten Passau und Thyrnau (Kreis Passau) jährlich 200.000 Achsen und Getriebe sowie Antriebskomponenten. Außerdem werden in Niederbayern neue Antriebskonzepte entwickelt.

„Umsatztechnisch katastrophale Monate“

Nach einem vielversprechenden Start ins Jahr 2020 „mussten wir im März und April aber umsatztechnisch katastrophale Monate verzeichnen, bedingt durch den ersten

Lockdown und insbesondere eine komplette Produktionsunterbrechung in unseren Werken“, sagt Klaus Jaschke. Er ist der Leiter des ZF-Standorts Passau und des Geschäftsfeldes Industrietechnik, das von Passau aus gelenkt wird. Insgesamt vier Wochen lang ruhte der gesamte Betrieb.

In den Monaten nach dem ersten Lockdown habe sich die Nachfrage nach und nach stabilisiert. Die massiven Einschnitte aus dem Lockdown konnten jedoch nicht mehr kompensiert werden. Der Umsatz des ZF-Standorts Passau blieb rund 17 Prozent unter dem Vorjahreswert. Konkrete Zahlen veröffentlicht ZF nicht.

Man sei mit einem blauen Auge davongekommen, sagt Jaschke. Der Industrietechnik-Umsatz fiel 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund

zehn Prozent auf 2,69 Milliarden Euro. Aufgrund der Umstände ist Jaschke mit diesem Ergebnis „im Großen und Ganzen“ zufrieden.

Mitarbeiterzahl in Passau geht auf rund 4500 zurück

Im Werk Thyrnau werden neben konventionellen Antriebskomponenten zunehmend auch elektrische Achsantriebe für Autos gefertigt. Der Umsatz dieses Werks, inklusive dem dazugehörigen Montagewerk im thüringischen Gotha, ging 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund sieben Prozent zurück.

Die Anzahl der Mitarbeiter bei ZF in Passau sank 2020 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 100. Nach Angaben eines Unternehmenssprechers sei das die natürliche Fluktuation und habe nichts mit dem

Stellenabbau, der seit dem vergangenen Jahr beim Konzern läuft, zu tun. Rund 4500 Mitarbeiter sind in den Werken Grubweg, Patriching und Thyrnau beschäftigt.

Der aktuelle Umsatz und Auftragseingang von ZF am Standort Passau lässt Jaschke für 2021 hoffen. Es sei jedoch aktuell schwierig, belastbare Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung zu treffen.

■ Bilanz des Gesamtkonzerns

Der ZF-Konzern hat 2020 einen Nettoverlust von 741 Millionen Euro geschrieben. Der Umsatz fiel um elf Prozent auf 32,6 Milliarden Euro. Im Vorjahr hatte der Gewinn nach Steuern noch bei 400 Millionen Euro gelegen. Der Umsatz soll in diesem Jahr voraussichtlich auf 37 bis 39 Milliarden Euro steigen.